

# Zürich



Das bleibt vorerst die Ausnahme: Während ihre Besitzer am WEF in Davos netzwerken, sind Privatflugzeuge in Dübendorf abgestellt. Foto: Reto Oeschger

## Geschäftsflieger heben noch lange nicht ab

**Flugplatz Dübendorf** Der Bund befürchtet, dass der geplante zivile Betrieb die Eigentumsrechte der Anwohner verletzen würde. Und auch die Koordination mit dem Flughafen Zürich ist komplexer als erwartet. Das Projekt verzögert sich deshalb um Jahre.

Liliane Minor

Der Paukenschlag aus Bern kam unerwartet: Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP), seit Beginn dieses Jahres unter anderem für die Fliegerei zuständig, hat den geplanten zivilen Flugbetrieb auf dem ehemaligen Militärflugplatz Dübendorf vorerst auf den Boden gezwungen. Grund dafür sind neu aufgetauchte Fragen.

Da ist einerseits die Sache mit den Anwohnern. In Dübendorf und Volketswil würden etliche Grundstücke künftig so tief überfliegen, dass dies die Eigentumsrechte ihrer Besitzer verletzen könnte. Nun fliegen die Businessjets zwar nicht tiefer und auch nicht auf anderen Routen, als dies früher Militärflieger taten. Doch das Militär verfügt über Rechte, welche einem privaten Betrieb nicht zustehen.

Ein Gutachten des Bundesamts für Justiz, das Sommarugas Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) gestern veröffentlicht hat, nennt zwei Wege, um das Problem zu lösen. Die Flugplatz Dübendorf AG könnte entweder versuchen, sich vertraglich mit den betroffenen Eigentümern zu arrangieren. Oder der Bund erteilt der AG eine Konzession. Damit erhielte sie das Recht, die Grundstücksbesitzer formell zu enteignen, sprich: gegen eine Entschädigung das Überflugrecht durchzusetzen.

Aus Sicht von Urs Brüttsch, dem Geschäftsführer der Flug-

**«Der Bund hat das Projekt einfach durchgewürgt. Es ist gut, dass er die Sache nochmals anschaut.»**

Kurt Waldmeier, CEO Ju-Air

platz Dübendorf AG, ist dieser Weg ganz klar vorzuziehen, auch wenn das bedeutet, dass der Flugbetrieb kaum vor 2026 starten kann – gut drei Jahre später als erhofft. Brüttsch sagt: «Der Weg über private Vereinbarungen funktioniert nicht.»

**Experten sind sich uneinig**

Deutlich komplexer als erhofft gestaltet sich auch die Koordination mit dem Flughafen Zürich-Kloten. Die Lufträume von Zürich und von Dübendorf überlappen sich. Und dieses Problem ist schwieriger zu lösen als gedacht. «Eine Expertengruppe mit Beteiligung von Skyguide, Luftwaffe und Bazl hat bislang keine Lösung finden können, die den Sicherheitsanforderungen unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Priorisierung des Flugverkehrs in Zürich genügt», sagt

die Uvek-Mediensprecherin Annetta Bundi.

Das Departement will nun eine Studie in Auftrag geben, die klären soll, ob der zivile Betrieb in Dübendorf überhaupt so machbar ist, wie das der Bundesrat plante, als er vor fünf Jahren die Bewilligung für den künftigen Betrieb gab. Klar ist für das Uvek: Der Flughafen Zürich darf nicht eingeschränkt werden.

**Bund kommt viel zu spät**

Im Kanton Zürich hat die Ankündigung gestern für grosses Unverständnis gesorgt. Irritiert zeigte sich die Zürcher Regierung. «Dass so entscheidende Fragen so spät gestellt werden, kritisieren wir. Solche Fragen gehören an den Anfang eines Prozesses», sagt Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh. «Nun muss der Bund seine Hausaufgaben machen und die offenen Fragen klären.»

Inhaltlich könne sie zur Frage der Konzessionen keine Stellung nehmen, sagt Walker Späh, ebenso wenig dazu, was das Ganze für die Zukunft des Flugplatzes bedeutet: «Dafür wissen wir im Moment schlicht zu wenig.»

Harsch sind die Reaktionen von manchen Parteien und Interessengruppen. Die Grünen kritisieren das bisherige Vorgehen als Pfusch. «Wir haben den Plänen immer zutiefst misstraut. Aber die frühere Uvek-Chefin Doris Leuthard (CVP) hat die Komplexität sträflich unterschätzt und einfach versucht,

ihre Idee durchzuwürgen», sagt Esther Guyer, Fraktionschefin der Grünen im Kantonsrat. Die Partei fordert nun einen Übungsabbruch: «Das Areal soll dem gefiederten Flugverkehr von Graubünden, Turmfalke und Co. überlassen werden», schreiben die Grünen in einer Mitteilung.

Auch das Fluglärmforum Süd, in dem die Gemeinden der Südanflugschneise des Flughafens Zürich zusammengeschlossen sind, sieht sich «in seiner Skepsis bestätigt». Jürg Eberhard (FDP), Präsident des Forums und Gemeindepräsident von Zumikon, sagt: «Es erstaunt, dass der Bund von einer neuen Ausgangslage spricht.» Die Fakten seien längst bekannt wie auch der Grund, warum die Gemeinden gegen den geplanten Flugbetrieb in Dübendorf seien.

**Sommarugas Handschrift?**

Ganz anders klingt es seitens der SVP. Für Christian Lucek, Kantonsrat und Bordoperateur der Luftwaffe, ist der Entscheid «ganz klar ein politisches Manöver. Das trägt die Handschrift Sommarugas.» Die Gegner des Flugplatzes hätten lobbyiert, sagt Lucek. Nun sei der Bund gefordert, seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen und das Konzessionsverfahren rasch voranzutreiben.

Kurt Waldmeier, Chef der in Dübendorf stationierten Ju-Air, vermutet ebenfalls, dass der unerwartete Boxenstopp mit der neuen Departementschefin zu tun haben könnte. Er gibt aber

nicht ihr die Schuld, sondern ihrer Vorgängerin Doris Leuthard: «Der Bund hat das Projekt 2014 einfach durchgewürgt, die Gemeinden hatten diese Probleme schon damals erkannt. Ich bin froh, dass man die Sache nun nochmals richtig anschaut.»

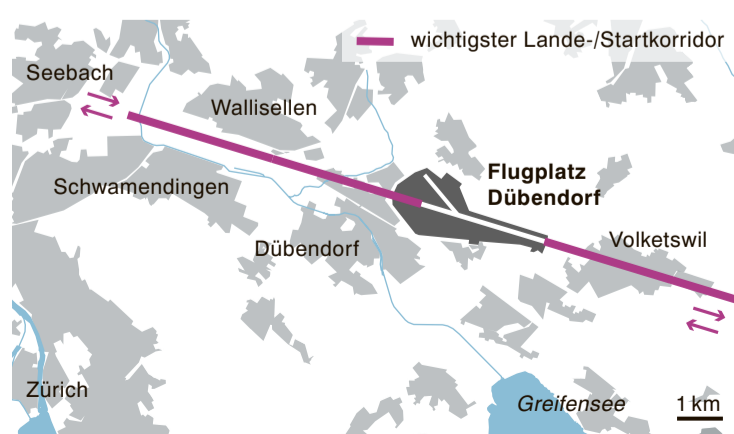
Flugplatz-Geschäftsführer Urs Brüttsch ist ambivalent. Ihn ärgert nicht nur die Verzögerung, sondern auch, dass er bei der Kommunikation nicht mit einbezogen wurde: «Aber grundsätzlich begrüßen wir, dass der Bund diese Fragen anpackt.» Wirtschaftlich sei die Flugplatz Dübendorf AG wegen der Verzögerung nicht gefährdet.

**Gemeinden sind versöhnlich**

Erstaunlich versöhnlich zeigen sich die Anrainergemeinden Dübendorf, Wangen-Brüttisellen und Volketswil, die den Flugplatz mit Werkflügen umnutzen wollen, mit diesem Konzept aber bisher kein Gehör in Bern fanden. Sie nehmen den Marschhall «grundsätzlich positiv auf», wie sie schreiben. Ob das Auswirkungen auf ihr eigenes Projekt habe, sei noch nicht abzuschätzen.

Das Uvek weist die Vorwürfe von Parteien und Interessengruppen zurück. Bundesrätin Sommaruga habe das Projekt ihrer Vorgängerin fortgeführt. Im Mai sei sie dann vom Bundesamt für Zivilluftfahrt «über die zwei neuen Aspekte» informiert worden. Darauf habe sie sofort ein erstes Gutachten zu den Eigentumsfragen in Auftrag gegeben.

**Dicht besiedelt: Dübendorf liegt mitten im Ballungsraum**



Grafik: kmh/Quelle: Uvek